

Freie Demokraten

Landesverband
Thüringen **FDP**

Antragsbuch

44. ordentlicher Landesparteitag der
FDP Thüringen

05. April 2025

Erfurt

**44. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 05. April 2025 in Erfurt**

Seite 1

ANTRAG-NR. S1

Satzungsänderungsantrag

Antragsinhalt: Liberale Schwule, Lesben, Bi, Trans und Queer (LiSL)

Antragsteller: : Petra Teufel, Martin-Lukas Maciejewski

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Füge ein:
- 2 §17 (2) 16. einem Vertreter der Liberalen Schwulen, Lesben, Bi, Trans und Queer (LiSL)
- 3
- 4
- 5 Begründung:
- 6
- 7 Anpassung an die Bundessatzung
- 8 Der 67. ordentliche Bundesparteitages der FDP (Berlin, 23. April 2016) hat die LiSL als
- 9 Vorfeldorganisation anerkannt. Für Thüringen gibt es den Landesverband LiSL
- 10 Mitteldeutschland. Dieser ist nach der Satzungsänderung berechtigt, mit beratender Stimme in
- 11 den entsprechenden Gremien der Landespartei mitzuwirken.
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33

angenommen:
abgelehnt:
überwiesen:

44. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 05. April 2025 in Erfurt

Seite 1

ANTRAG-NR. 01

Antragsinhalt: „Wirtschaftliche Stärke. Finanzielle Solidität. Gesellschaftliche Subsidiarität. Politische Stabilität.“ Ein Weckruf im Namen der Generationengerechtigkeit

Antragsteller: Patrick Frisch

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir Freien Demokraten setzen uns für ein Land mit wirtschaftlicher Stärke ein, in der eine
2 wettbewerbsfähige mittelständische Wirtschaft, ein leistungsstarkes Handwerk sowie mutige
3 Unternehmensnachfolger und innovative Gründer wieder als europäischer Motor wirken und
4 in alle Himmelsrichtungen ausstrahlen. Jeder Einzelne soll die Möglichkeit haben, sich selbst
5 zu verwirklichen und durch eigene Leistung voranzukommen. Wir verteidigen den
6 Wohlstandsmotor Soziale Marktwirtschaft mit einer Anerkennungskultur der Selbständigkeit
7 und Verantwortungsübernahme, in der Fortschritte und Entwicklungen in Kultur, Sport und
8 bei Sozialen Leistungen zwingend wieder Hand in Hand gehen müssen mit wirtschaftlichem
9 Aufschwung und nachhaltiger Ressourcenverantwortung.

10 Wir verfolgen das Ziel, dass Bund, Länder und Kommunen im Sinne gesellschaftlicher
11 Subsidiarität perspektivisch stets mehr als nur das gesetzlich Notwendige leisten können.
12 Grundlage dafür ist eine Finanzpolitik der Solidität, Stabilität und Subsidiarität. Das Ziel
13 liberaler Finanzpolitik ist in erster Linie die Sicherstellung staatlicher Kernaufgaben, welche
14 prioritär ohne Neuverschuldung gewährleistet sein müssen.

- 15
- 16 I. Wir werden daher stets eine Ausgabenpolitik vertreten, die sich im Rahmen der
17 finanziellen und wirtschaftlichen Leistungskraft unseres Landes bewegt:
18 **erst einnehmen, dann ausgeben.**
- 19
- 20 II. Die verfassungsrechtlich gebotene Schuldenbremse ist kein Selbstzweck, sondern war
21 immer auch glaubwürdiges Signal finanzieller Solidität und
22 generationenübergreifender Fairness und Ausgleich. Wir lehnen die vorgenommenen
23 Verfassungsänderungen der Schuldenkoalition ab. Neue politisch definierte Schulden
24 sollen in Wahrheit den fehlenden Mut zur haushälterischen Priorisierung und
25 Selbstbegrenzung politischer Versprechungen im Sinne politischer Macht kaschieren.
26 Auch die zuvor bestehende Schuldenbremse ermöglichte flexibel bspw.
27 schuldenfinanzierte Investitionen, Sondervermögen und ein aufgabengerechtes
28 Handeln des Staates in exogen verursachten Notlagen.
- 29

30 Es ist zwingend notwendig, dass im Fall von staatlichen Schuldenaufnahmen, auch
31 verbindliche Tilgungspläne vereinbart werden, deren Tilgungsbeginn oder -zeitraum nicht
32 willkürlich bei veränderten politischen Mehrheiten aus opportunen Gründen einfach verändert
33 werden können. Staatliche Schuldenaufnahmen sollten im Rahmen eines größeren politischen
34 Konsenses immer die Ausnahme sein, und sollten daher zukünftig auch in seiner

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

35 Ausgestaltung von qualifizierten oder verfassungsänderten Mehrheiten getragen sein, die über
36 die reine Mehrheitsentscheidung hinaus geht.

37

38 III. Deshalb haben für uns Investitionen, bspw. in die Modernisierung unserer
39 Bildungseinrichtungen, in die Infrastruktur sowie in den Bereichen der inneren und
40 äußeren Sicherheit Vorrang vor der Einführung neuer Staatsleistungen und der
41 Erhöhung bestehender Staatsleistungen. Der in den letzten 30 Jahren aus politischen
42 Gründen verursachte Investitionsstau in unserer verfassungsrechtlich gebotenen
43 Sicherheitsarchitektur und bei unseren Verteidigungs- und Bündnisverpflichtungen
44 dürfen sich bereits aus staatspolitischer Verantwortung nie wieder wiederholen. Ein
45 rein schuldenfinanziertes Modernisierungs-Jahrzehnt auch in konsumtive Bereiche
46 hinein, wie es viele Politiker heute propagieren, überfordert hingegen unser Land und
47 ist der falsche Weg:

48 **Investitionen vor weiterer staatlicher Konsumtion.**

49

50 IV. Und aus dem gleichen Grund müssen Bund, Länder und Kommunen in einer
51 gemeinsamen Kraftanstrengung mit ihren Entscheidungen die Stärkung der
52 wirtschaftlichen Leistungskraft ihrer Unternehmen und Beschäftigten priorisieren.
53 Damit einhergehend ist u.a. eine Reform des Steuersystems und der
54 Sozialversicherungssysteme, in dessen Ergebnis Deutschland nicht mehr an der
55 internationalen Spitze bei der Steuer- und Abgabenlast steht:

56 **Steuerkraft erhöhen, keine Steuererhöhungen oder neue Steuern.**

57

58 V. Ein erfolgreicher Staat braucht politische Stabilität, eine leistungsstarke Wirtschaft
59 und starke Partner in der öffentlichen Daseinsvorsorge und in der Gesellschaft. Der
60 Staat ist nicht der bessere Unternehmer und der Staat ist nicht gut darin, die Gewinner
61 von morgen zu finden. Aber die Verlierer von gestern sind gut darin, den Staat zu
62 finden. Private und öffentliche Beteiligungen des Staates dürfen in erster Linie
63 ausschließlich Ziele der öffentlichen Daseinsvorsorge verfolgen, welche einher gehen
64 mit wirtschaftlicher Effizienz von öffentlichen Leistungen und dem Erbringen eines
65 gesellschaftlichen Mehrwertes, der sich am Machbaren der eigenen Leistungskraft
66 orientiert. Beteiligungen dürfen nicht die finanzielle Solidität und bestehende
67 Regelungen der Schuldenbegrenzung aushöhlen und auch die Quersubventionierung
68 politischer Wünsche darf keine Rolle spielen:

69 **Beteiligungen sind keine politischen Spielwiesen und keine Orte ausgelagerter**
70 **Schuldenaufnahme für politische Wünsche.**

71

72 Darüber hinaus erfordert der Wandel in der Wirtschaft und in der Gesellschaft, u.a. der
73 demographische Wandel auf dem Arbeitsmarkt mit zahlreichen offenen Arbeits- und
74 Ausbildungsplätzen, die große Anzahl offener Unternehmensnachfolgen in der Zukunft, die
75 Veränderung der Innenstädte sowie neue Herausforderungen durch Internationalisierung,
76 Digitalisierung und Nachhaltigkeitsthemen, zwingend auch eine neue Schwerpunktsetzung
77 und neue Initiativen in der Wirtschaftspolitik.

78

79 Unsere Wirtschaft ist unter allen entwickelten Staaten das Schlusslicht und verliert weiterhin
80 an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Unternehmen ignorieren größtenteils staatliche
81 Geldgeschenke. Ganze Industriezweige und Branchen verlagern Ihre Standorte und
82 Investitionen ins Ausland. Gesellschaft und Wirtschaft müssen mit Blick auf seine fiskalische
83 und ökonomische Resilienz wieder flexibler und anpassungsfähiger werden, nicht nur die
84 Reaktion auf exogene Schocks wie teurere Energieimporte, sondern auch konkret den

85 Strukturwandel aktiv gestalten, der mit Priorität die Steigerung der eigenen
86 Wettbewerbsfähigkeit verfolgt.

87
88 Staatsdirigismus mit primär industriepolitischen Akzenten hat im letzten Jahrzehnt zu einer
89 einseitigen gesteuerten Einengung des Transformationsbegriffs geführt, verbunden mit der
90 Verteilung von staatspolitischen Privilegien. Transformation im Sinne von Wandel und
91 Weiterentwicklung des Status Quo erfordert einen grundsätzlichen dringenden Neustart der
92 Republik. Es geht um den demografieadäquaten Umbau des Arbeitsmarkts, den Mehrwert der
93 Digitalisierung nutzbar zu machen, den Arbeitskräftemangel und die verschiedenen
94 Dimensionen der Standortqualität. Politik muss im Namen ökonomischer und finanzieller
95 Nachhaltigkeit Widerstand zeigen gegenüber den Subventionsjägern. Subventionen sind kein
96 „Game Changer“ sondern eine Fehlentwicklung.

97
98 Die Freien Demokraten müssen sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die
99 Finanzarchitektur der Europäischen Union nicht weiter strukturell umgebaut wird, der das
100 Haftungs- und Subsidiaritätsprinzip in Europa weiter schwächt. Bei aller solidarischen
101 Notwendigkeit gilt: Selbst die schwerste Krise darf nicht demokratische und ökonomische
102 Grundprinzipien schwächen und aushöhlen. Solidarität und Solidität stehen nicht im
103 Widerspruch zueinander. Statt dem Gang in eine Fiskal- und Schuldenunion erfordert eine
104 koordinierte Wirtschaftspolitik eine konsequente Regeleinhaltung und Durchsetzung.

105
106 Aus diesem Grund sehen wir auch den Mechanismus des im Jahr 2021 erstmalig
107 beschlossenen EU-Sonderfonds „Next Generation EU“ in Höhe von 750 Milliarden Euro
108 kritisch und gemessen an seiner Umsetzung als politischen Fehler, welcher der Europäischen
109 Kommission erlaubte in großen Umfang Schulden aufzunehmen und wofür die EU-
110 Mitgliedsstaaten durch Garantien jeweils anteilig haften und die nationalen Haushalte in den
111 nächsten 30 Jahren zusätzlich belasten wird. Zugleich sehen wir es mehr als kritisch, dass zur
112 Finanzierung des EU-Sonderfonds die EU dauerhaft eigene Einnahmequellen über national
113 zusätzlich einzuführende Steuern erhält. Wir erwarten, dass der Grundsatz der einmaligen
114 Anwendung und klar definierten Befristung sowie die vorgesehenen Tilgungszeiträume
115 konsequent eingehalten werden.

116
117 Wir Freien Demokraten fordern im Blick auf die europäische Finanzarchitektur:

- 118 I. **Handlung und Haftung in Einklang bringen:** Eine falsch verstandene Solidarität
119 führt zu Enttäuschungen und verstärkt nationale Ressentiments, welche die gefühlte
120 Distanz der Bürger zu Europa vorantreiben und letztendlich die Stabilität und den
121 Zusammenhalt Europas gefährden. Je weiter Entscheidung, Handlung und Haftung
122 auseinanderfallen, desto leichter lassen sich Kosten einer größer werdenden
123 Verschuldung auf die europäische Solidargemeinschaft übertragen.
- 124 II. **Wettbewerb und Wachstum in Freiheit und Eigenverantwortung:** Der
125 Wettbewerb und die Chancengleichheit ist in Europa durch Entscheidungen in den
126 letzten Jahren in mehrfacher Hinsicht bedroht: Durch eine weitere Lockerung des EU-
127 Beihilferechts drohen nationale Staatshilfen den Wettbewerb durch Subventionen zu
128 verzerren. Im globalen Wettstreit sollte nicht eine subventionsexpansive
129 Industriepolitik der „großen Champions“ prioritär sein, sondern ein auf
130 Wettbewerbsfähigkeit zielender EU-Binnenmarkt.
- 131 III. **Mehrwert Europas durch gelebte Subsidiarität:** Bevor um die Höhe des nächsten
132 mehrjährigen europäischen Finanzrahmens verhandelt wird, sollte Einigkeit über
133 deren Aufgaben, Bedarf und Verwendung bestehen. Handlungsleitend sollte eine
134 Stärkung der Bürgernähe und demokratischen Kontrolle durch das europäische
135 Subsidiaritätsprinzip sein, wonach größtmöglich dezentrale Politikentscheidungen

136 herbeigeführt werden – vor allem dann, wenn politische Präferenzen international
137 stark voneinander abweichen und politische Ebenen vor Ort eigenverantwortlich
138 handeln können. Damit einhergehend ist auch wieder ein Zugewinn an politischer
139 Stabilität in Europa und seinen Mitgliedsstaaten.

140

141 Begründung:

142

143 erfolgt mündlich